

liberale Partei Leipzigs mag „stolz“ auf ihren Führer sein, der dieses plumpe Anbiederungsinsert in den Leipziger Neuesten Nachrichten mit unterzeichnet hat.

Wie es auch nur mit dem politischen Liberalismus der „Liberale“ bestellt ist, zeigt am deutlichsten die Wahlrechtsfrage, die mehr denn je im Vordergrund unseres Gemeindelebens steht. Ueberall und zu allen Zeiten bedeutete Liberalismus Gleichberechtigung, Durchsetzung des Prinzips der allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Hier aber hat sich unter der Herrschaft von sich liberal nennenden Menschen folgender Zustand herausgebildet: Ein knappes Viertel der Gemeindeangehörigen wählen 25 Verordnete, über drei Viertel der Gemeinde acht Verordnete. Das Stimmgewicht der einen zu den anderen beträgt 9:1! Das Unterscheidungsmerkmal ist der zufällige Besitz des deutschen Passes. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß nahezu sämtliche ausländischen Juden Leipzigs hier schon vor dem Kriege ansässig waren, daß zahlreiche von ihnen hier geboren, hier die Schulen durchgemacht und sich den Verhältnissen längst angepaßt haben. In jedem anderen Lande wären sie schon lange eingebürgert; hier verhindert dies die antisemitische Einstellung gewisser Verwaltungskreise. Und diesen sich so auswirkenden Antisemitismus macht sich die „liberale“ jüdische Gemeinde zunutze, um ihre nicht reichsangehörigen Mitglieder noch weiter zu entrechten. Mögen diese auch ihr Leben in Leipzig verbracht haben, mögen sie noch so wertvolle Juden und angenehme Personen sein, sie dürfen in Sachen ihres Judentums, in Angelegenheiten der Gemeinde, der sie angehören und die ihnen Verpflichtungen auferlegt, nur zu einem solchen Bruchteile Rechte ausüben, daß ihr Einfluß faktisch ausgeschaltet ist. Was die Liberalen zur Begründung dieses schmachvollen Zustandes vorbringen, ist so nichtssagend, daß es sich kaum lohnt, darauf einzugehen. „Wahrung des deutschen Charakters der Gemeinde“ hieß es bisher. Als man die Liberalen fragte, wo es denn beim jüdischen Gottesdienste, jüdischen Religionsunterricht, in Fragen des Kaschrus, der Mikwah usw. deutsche Belange gäbe, ob denn hier nicht nur jüdische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten, da war eine plausible Antwort nicht zu erhalten. Charakteristisch, nicht ein Zufall ist es, daß der Hauptreferent für dieses an völlig unangebrachter Stelle überbetonte „Deutschtum“ ein gebürtiger Slovake gewesen ist. Nachdem dieser „deutsch-liberale Führer“ sich etwas plötzlich von der Bildfläche zurückgezogen hat, haben seine Kollegen ein anderes Argument hervorgehoben: Die Finanzen der Gemeinde gestatteten es nicht, den Anforderungen der ausländischen Juden nachzukommen — und daher dürfe man ihnen nicht die Möglichkeit geben, sich durchzusetzen. Ja, glaubt denn wirklich jemand, daß die Vertreter der jüdischen Volkspartei, hinter der neben zahlreichen Reichsdeutschen das Gros der Nichtreichsangehörigen steht, schlechtere Rechner sind als die Liberalen? Das Beispiel Berlins, wo die ostjüdischen Massen im jüdischen Leben gleichberechtigt sind, und die Volkspartei die Führung in der Gemeinde innehat, zeigt am deutlichsten, daß finanzielle Bedenken unbegründet sind und eher das Gegenteil zutrifft. Denn die große Mehrheit der Gemeinde, die, solange sie entrechtet ist, nur widerwillig und gezwungen ihren Verpflichtungen nachkommt, wird diese in ganz anderem Maße erfüllen, wenn sie sich gleichberechtigt und damit auch innerlich gleich verpflichtet fühlen würde. Bei der letzten Debatte über das Wahlrecht im Gemeindegremium schien es der liberale Rührer selbst zu fühlen, daß er mit solchen Begründungen niemanden, auch sich selber nicht, überzeugen könnte. Deshalb verglich er, als ihm gar nichts mehr einfiel, die nicht reichsdeutschen Juden Leipzigs mit Arabern, denen man das Wahlrecht in Palästina auch nicht gebe!

Diesen so gearteten „Liberale“ gilt der Kampf der jüdischen Volkspartei; sie weiß, daß sie bei diesem Kampfe alle rechtlich Denkenden, gleich welcher religiösen Richtung, gleich welcher Staatsangehörigkeit, hinter sich hat!

(Weitere Artikel folgen.)

Die Schließung der Wiener Universität und der Hochschulen

Alle Studenten verlieren das Semester. — Die Vorgänge am Donnerstag trugen den Charakter eines Pogroms

Wien. Offiziell wird mitgeteilt, daß die Rektoren der Universität, der Technischen Hochschule, der Hochschule für Bodenkultur, der Tierärztlichen Hochschule und der Hochschule für Welthandel am Donnerstag, dem 7. November, abends, zu einer Beratung zusammengetreten sind und beschlossen haben, die genannten Hochschulen bis auf weiteres zu sperren. Nicht betroffen von dieser allgemeinen Hochschulsperre sind die Akademie der bildenden Künste und die Hochschule für Musik. Zutritt zu den Hochschulen haben nur Studierende, die zu einer Prüfung oder Promotion vorgeladen sind. Es verlautet, daß durch diese Maßnahme alle Studenten das Semester verlieren und ein Halbjahr länger studieren müssen.

Die Vorfälle am Donnerstag, die diesem Beschluß der Rektoren vorangingen, trugen den Charakter eines regelrechten Pogroms. Hauptsächlich wandte sich die Aktion der Hakenkreuzler gegen den Leiter des Anatomischen Instituts der Universität Wien, den weltberühmten Anatomielehrer Professor Julius Tandler, der Jude ist und im sozialen Leben Wiens eine führende Rolle spielt; er ist Stadtrat und Leiter der Gesundheitsfürsorge. Mehrmals versuchten die Hakenkreuzler am Donnerstag vormittag den Hörsaal, in welchem Professor Tandler eine Vorlesung hielt, zu stürmen. Der Hörsaal war jedoch schon am frühen Vormittag von Hörern Tandlers besetzt worden, die die wiederholten Angriffe der Hakenkreuzler zurückschlugen, so daß Professor Tandler seine Vorlesung beenden konnte. Mittlerweile hatten die Hakenkreuzler aus anderen Hochschulen und von der Straße Zutritt erhalten. Sie stürmten das Anatomische Institut und zertrümmerten in einer regelrechten Schlacht alles, was sich in Tandlers Hörsaal befand, so daß jetzt Fensterscheiben, anatomische Objekte wie Leichteile und Knochen, Trümmer von Stühlen und Bänken sowie Instrumente durcheinanderliegen. Die Ausgänge wurden gesperrt, damit die Hörer Tandlers nicht auf die Straße gelangen können. Die Pedelle und Diener halfen den jüdischen und sozialistischen Studenten durch Bereitstellung von Leitern ins Freie zu gelangen. Einige gefährdete Studenten sprangen aus den Fenstern des ersten Stockwerkes auf die Straße.

Die jüdischen und sozialdemokratischen Hochschüler aus den anderen Hör- und Übungssälen konnten nur durch einen Kordon völkischer Studenten das Gebäude verlassen. Mehrere jüdische Studenten erlitten Verletzungen und mußten sich verbinden lassen.

Vom Anatomischen Institut zogen die Hakenkreuzler- und Heimwehrstudenten vor die Universität, wo aufhetzende Reden gehalten und die Rufe „Juden hinaus!“ ausgestoßen wurden. Ein antisemitischer Stoßtrupp drang in die Universitätsbibliothek ein und verprügelte dort zahlreiche Studentinnen. Dann wurden jüdische und sozialistische Studenten und Studentinnen in die Universitätsaula getrieben, wo sie mit Ochsenziemern empfangen und schwer verprügelt wurden. Trupps antisemitischer Studenten zogen mit den Rufen „Juden hinaus!“ durch alle Korridore und zertrümmerten die Glasscheiben der Anschlagtafeln der sozialistischen und jüdischen Hochschüler, wobei wiederum mehrere Juden und Sozialisten mißhandelt wurden. Mehrere Juden erhielten Fußtritte. In allen Sälen wurde die Unterbrechung der Vorlesungen erzwungen. Damit sich die Schlägereien nicht auf die Straße ausdehnen, wurde berittene Polizei aufgeboten, die die Ringstraße vor dem Universitätsgebäude abriegelte.

Die Presse greift Rektoren und Dekane an, die sich mit schwächlichen Beschwichtigungsversuchen abmühen und es nicht über sich brachten, die Polizei in die Gebäude zu rufen, wie es ihnen rechtlich zusteht, um den ungeheuerlichen Zuständen schnell ein Ende zu machen. Besonders wird die Haltung des Universitätsdekans Prof. Hold getadelt, der, nachdem der letzte Jude und Sozialdemokrat hinausgeprügelt war, in der Aula erschien und die folgende Ansprache an die Hakenkreuzler hielt: Sind alle hier versammelten Mitglieder der Deutschen Studentenschaft? Ich bringe ein Hoch auf die Deutsche Studentenschaft aus. Wenn Sie aber hier „Juden hinaus!“ rufen, so begeben Sie eine Ungeschicklichkeit und machen den akademischen Behörden die größten Schwierigkeiten. Im übrigen können Sie in Ihren Bemühungen um das Deutschtum immer auf die Unterstützung des akademischen Senats rechnen.

Die Palästina-Aussprache in der Mandatskommission des Völkerbundes

Genf. In der Eröffnungssitzung der 16. Session der Mandatskommission des Völkerbundes behandelte der Vorsitzende, Marquis Toodoli, ausführlich die Ereignisse in Palästina und wies auf die Aussprache hin, die in der Septembersitzung des Völkerbundes stattgefunden hat. Er gab ein Resümee der offiziellen Erklärung des britischen Ministers des Auswärtigen Henderson und der Aussprachen der Vertreter Polens, Deutschlands, Rumäniens, Ungarns, Frankreichs, Persiens, Kanadas und anderer Länder und erwähnte auch den von Procopo im Namen der Mandatskommission gemachten Vorschlag, alle von Großbritannien als Mandatarmacht dem Völkerbund gegebenen Mitteilungen über die Geschehnisse der Mandatskommission zu unterbreiten, die die Palästina-Frage sodann in ihrer 16. oder in einer außerordentlichen Session zu behandeln haben wird. Der Rat hat auch in diesem Sinne einen Beschluß gefaßt.

Die traurigen Geschehnisse in Palästina, führte Marquis Toodoli weiter aus, die die öffentliche Meinung in der ganzen Welt erschüttert haben, haben auch alle Mitglieder der Mandatskommission, die seit Jahren die Entwicklung dieses Landes mit einem besonderen Interesse verfolgen, tief berührt. Im Namen der Kommission gab Toodoli dem tiefsten Bedauern über die traurigen Geschehnisse und der tiefen Sympathie mit den Opfern der Unruhen und ihren Angehörigen Ausdruck. Die erste Etappe nach den Unruhen, die Wiederherstellung der Ordnung, sagte Toodoli, ist bereits erreicht worden; die zweite Etappe besteht in der Entsendung einer Untersuchungskommission durch die Mandatarmacht. Die dritte Etappe wird bestehen in den Beratungen der Mandatarmacht und ihren Beschlüssen, die auf Grund des Ergebnisses der Untersuchungen erfolgen werden. Alle diesbezüglichen Materialien werden dem Völkerbund vorgelegt werden. Die Mandatskommission, die laut Völkerbundsstatut berufen ist, ihren Rat und ihre Meinung hinsichtlich der Durchführung der Mandate auszudrücken, wird diese Frage zu einem angemessenen Zeitpunkt behandeln.

Prof. Rappard stellte die Frage, ob nicht Großbritannien die Absicht hat, noch vor Übermittlung ihres ausführlichen Berichtes eine kurze Erklärung über die Lage gegenüber der Kommission zu geben. Der Direktor der Mandatssektion, Katastini, erwiderte, daß eine solche Erklärung ja schon durch Henderson in der Septembersitzung des Völkerbundes gegeben worden sei. Der Holländer van Roos, Vizevorsitzender der Kommission, schlug dann vor, daß die Kommission in ihrer jetzigen Session lediglich die formalen Fragen behandeln soll, die nach Eintreffen des Berichtes der Mandatarmacht aktuell werden würden. Auf Anregung von van Roos wurde

sich die Kommission zunächst über die Prozedur einig, die nach Eintreffen des Berichtes der britischen Regierung zur Anwendung zu kommen hat. Darunter ist auch die Frage zu verstehen, ob eine außerordentliche Session einberufen werden soll. Es scheint die Entschlossenheit zu bestehen, eine solche außerordentliche Session zur ausschließlichen Behandlung der Frage Palästina kurz nach Einlangen des Berichtes der Mandatarmacht stattfinden zu lassen.

Ein Anschlag auf die jüdischen Volksschulen Berlins. (Der Volksschuldezernent König verbietet Schulunterricht an Sonntagen.) Berlin. (JTA.) Der neu ernannte Dezernent für das Volksschulwesen beim Berliner Provinzialschulkollegium, Regierungsdirektor König, ein Sozialdemokrat, hat seine Amtstätigkeit damit begonnen, daß er eine Verordnung erließ, die den Schulunterricht an Sonntagen verbietet. Dadurch sind die bestehenden jüdischen Volksschulen auf das schwerste betroffen, da bei einem nur fünfzügigen Unterricht in der Woche das Lehrziel nicht erreicht werden kann. — Die „Jüdische Rundschau“ bemerkt dazu: Diese Verordnung muß auf jüdischer Seite stärkste Ablehnung erregen, weil in ihr eine Verletzung der konfessionellen Gleichberechtigung liegt. Um so peinlicher wirkt diese Provokation der Juden, als sie von sozialistischer Seite kommt. Schließlich handelt es sich bei der ganzen Frage darum, daß ein Ruhetag in der Woche innegehalten werde. Das aber geschieht bei den jüdischen Schulen durch die Beobachtung des Sabbath.

Die Wiener Studentenunruhen hören nicht auf. Wien. (JTA.) Am Dienstag, dem 5. November, wiederholten sich in Wien die Ausschreitungen gegen die jüdischen und demokratischen Studenten. Wie am Montag die Technische Hochschule war am Dienstag die Universität Schauplatz wüster antisemitischer Szenen. Die völkischen Studenten postierten sich auf der Rampe und forderten alle Studenten, die die Rampe passierten, zur Ausweisleistung auf, diejenigen, die sich nicht als Mitglieder der Deutschen Studentenschaft ausweisen konnten, wurden verprügelt und die Treppen hinuntergeworfen. Am Fuße der Rampe kam es zu einer prusten Schlägerei, als sich eine Gruppe Hakenkreuzler mit den Rufen: „Hoch den Numerusclausus! Pfui Juden!“ auf eine kleinere Gruppe jüdischer Studenten stürzte. Die Polizeiwache trennte die Studenten, indem sie mit den Gummiknüppeln dreinschlug. Schließlich zogen die Juden, Sozialisten und Demokraten unter lauten Protestrufen ab, während die Hakenkreuzler die Rampe weiter besetzt hielten.

VARIÉTÉ DREI LINDEN

November 1929

SENSATIONS-GASTSPIEL

36 Schaefer 36

Wunder Midgets

Die größte Liliput-Revue der Gegenwart

Außerdem:

Ein erstklass. Variété-Programm

Sonn- und Festtage

Nachmittag 15.30 Uhr

Fremden- und Familien-Vorstellung

Volles Programm — Kleine Preise

Vorverkauf: Tageskasse von 10-14 Uhr; tagsüber Meßam, Althoff, Brühl. — Sonntag **NUP** an der Tageskasse von 10 Uhr ununterbrochen

Anfang 20 Uhr

Telephon Nr. 435 43/438 56

15. November

WIN

Außerder Fr. g. G mit dre

Bei der M in Berlin ste des Tages: I möge sich d urteilten aral Nun, gewill — man setz eines Mörder kleinste „Pü Man dreht d pro und con findet etwat könnte.

Suchen wi den arabisch Affekt, n auch nicht essen“, wie prüft haben einem vor gelegten plünder Die zum T haben wehr tötet. Die I gnadigung v beschreiblich Szenen gesch liest man, v peinigt hab schnitten. B Es hieße de man diese t an ihrem L die jederzeit kein Recht Ich forde ich verlang Taten. Die Recht bestr und findet urteilten z gnadigt sie Humanitäts Kerkermau

Unseren fahren! Nän Wassern klärung klärt. Das und die Ge Nun, da „erklärt“ Dichter. Di prominent. sagen könnente Unte Unwissende ausrufen: S wissen Sie Sollte m antworten: Dichter ist als Jue Kammergerung“. Da geistige Qu ab und zu nicht zu Jude ist e kennt, aber und es mit sermann i Bundesprü Ja du l wenn sich müssen sic Prominent öffentlich Freilich Mann den haren, oh Namen „J ders gute — es ist men, wie nünftigste Blätter tu wie Jakob gehörigkei eine Selb